

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
 VERBANDLICH
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Wird das Eptalmische Palais abgerissen?



Fahradparkplatz in Hannover

Räumung erfolgt fristgemäss / Nazi-Rummel im Gerichtssaal / Berliner Etat gescheitert

Geheime Rüstungen

A. K. Wie das deutsche, so hat auch das französische Volk Aufregung und Aerger wegen seiner Finanzen, wobei freilich der Unterschied besteht, dass das Geld, das bei unserer Nachbarnation fehlt, von ihr bereits aufgebracht war, während wir es erst aufbringen sollen. Poincaré und sein Finanzminister Chéron hatten während ihrer Regierung fleissig gespart und im Schatzamt 18 Milliarden Franc aufgesammelt. Noch Ende Januar war sie bereits auf etwa 11 Milliarden zusammengeschnitten.

Was ist die Differenz geblieben? Das ist die Frage, die die französischen Parlamentarier bewegt und die Öffentlichkeit unterrichtet. In der Finanzkommission der Kammer, wo das Verschwinden der Milliarden aufgedeckt wurde, hat die Regierung es anfangs abgelehnt, eine Aufstellung über die Verwendung der Riesensumme zu geben, schliesslich musste Ministerpräsident Tardieu wenigstens zugeben, dass „ein Teil“ der fehlenden Milliarden für die Verstärkung des Grenzschutzes verwandt worden sei, wobei er noch hinzufügte, dass die Regierung sich mit den bisherigen Ausgaben nicht begnüge, sondern für Rüstungszwecke nicht weniger als 10,4 Milliarden Franc auszugeben beabsichtige. Poincarés Spartopf dürfte also in nicht zu ferner Zeit leer sein.

Da Tardieu detaillierte Erklärungen über die Verwendung der Gelder vor der Kommission abgelehnt hat, sind die Herren Deputierten mit ihm sehr unzufrieden, zumal sie die Richtigkeit der von der Regierung mitgeteilten Zahlen bestreiten. Ein sozialistischer Antrag, die Situation der Staatskasse durch den Finanzausschuss kontrollieren zu lassen, wurde gestern in der Kammer von der Regierung sehr ungnädig aufgenommen. Ihrem Wunsch, den Antrag nicht zu behandeln, gab die Kammer mit 330 gegen 262 Stimmen statt. Das besagt freilich nicht, dass das Parlament sich seiner Kontrollrechte grundsätzlich begibt, aber es hat immerhin der Regierung in dieser Frage mehr Vertrauen geschenkt, als sie nach ihrem Verhalten beanspruchen darf.

Unter dem in der Kommission auf ihn ausgeübten Druck hat Tardieu über die geheimen Rüstungen wenigstens so viel verraten, dass sie sich gegen Italien richten, was freilich nicht allzuschwer zu ertragen war. Dass dabei das französische Verteidigungssystem im Osten, also gegen Deutschland, ausgebaut wird, betrachtet die französische Regierung als Selbstverständlichkeit.

An sich kann man es den Franzosen nicht übelnehmen, dass sie sich an ihrer Südostgrenze gegen Uebergraschungen zu sichern suchen, nachdem Mussolini sich wochenlang in wilden Ausfällen gegen Frankreich ergangen und unter anderem erklärt hat, Maschinen-gewehre seien besser als Worte. Mussolinis Politik, einen faschistischen Staatenblock in Mitteleuropa zu schaffen, um für den Fall einer Auseinandersetzung mit Frankreich zwecks „Befreiung der italienischen Brüder“ in Savoyen und Nizza, Rückendeckung und Bundesgenossen zu haben, muss natürlich in Frankreich beunruhigen, wo man die 1860 gewonnenen Gebietsteile unter keinen Umständen gutwillig hergeben will.

Immerhin ist es erstaunlich, dass Frankreich auf die italienischen Drohungen mit geheimen Rüstungen von unerhörtem Ausmass zu Wasser und zu Lande antwortet. Man schwärmt doch in Paris für den Schiedsgerichtsgedanken, man hat zur Vermeidung von Kriegen den Kellogg-Pakt unterzeichnet, Frankreich ist Hauptbeteiligter an der Gründung des Völkerbundes, dessen Hauptzweck die friedliche Lösung kriegerischer Verwicklungen

DIETRICH ernannt Der neue Reichsfinanzminister

Der Posten des Reichswirtschaftsministers bleibt einstweilen unbesetzt

BERLIN, 26. Juni. (Amtlich.)

Der Herr Reichspräsident hat nach dem heutigen Vortrag des Herrn Reichskanzlers in Neudeck den Reichswirtschaftsminister zum Reichswirtschaftsminister ernannt und den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

Der Posten des durch Dietrichs Ernennung zum Reichsfinanzminister freigewordenen Reichswirtschaftsministers wird also noch freigehalten. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass der Reichskanzler die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, die Volkspartei für das neue Finanzprogramm zu gewinnen. Kommt eine Verständigung mit ihr zustande, so wird einer der ihren — genannt wurde Herr von Raumer — die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums übernehmen.

Bemühungen um die Parteien

Im Reichstag versträrkt sich der Eindruck, dass die Bemühungen fortgesetzt werden, um eine Mitwirkung auch des mehr oder weniger unzufriedenen Teils der Regierungsparteien, also in erster Linie der Deutschen Volkspartei, dann aber auch der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Christlichen

Bauernpartei, doch noch durch Entgegenkommen in Einzelheiten der Finanzgesetzgebung zu ermöglichen. Das bedingt allerdings noch weitere Verhandlungen. Ein Anfang ist gestern nachmittag in einer Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei gemacht worden, deren Gegenstand die durch den Reichsaussenminister Curtius dem Fraktionsführer Scholtz gemachten Eröffnungen bildeten.

Ueber den zuletzt festgelegten Inhalt der Regierungsvorlage laufen die Meinungen auch im Parlament noch völlig durcheinander, neben der Behauptung, dass die Privatangestellten von der Sonderabgabe wieder ausgenommen worden seien, sieht sofort wieder die Gegenbehauptung, dass sie noch darunter liefen!

In der Presse ist in letzter Zeit die Höhe des in der Deckungsvorlage enthaltenen Zuschlages zur Einkommensteuer stets mit 5 Prozent der Steuer angegeben worden. Soweit wir unterrichtet sind, ist der ursprünglich zur Debatte stehende Satz von 10 Prozent von der Steuer aufrechterhalten worden!

Demokraten gegen Beamten-Sonderbelastung

Im Reichstag fand gestern eine Besprechung der demokratischen Reichstagsfraktion mit den demokratischen Beamten statt. Die Abgeordneten Koch-Weser und Meyer-Berlin wiederholten auch hier, dass die Fraktion ihre Zustimmung zur einseitigen Belastung der Beamtenschaft nicht geben werde und dass sie auch gegenüber dem Minister Dietrich sich völlig freie Hand behalte.

Der Abmarsch der Franzosen

WIESBADEN, 26. Juni. (Eigene Meldung.)

Der Abmarsch der Besatzung vollzieht sich nach den Instruktionen aus Paris mit grösster Beschleunigung, so dass mit der Einhaltung des Räumungstermins unter allen Umständen gerechnet werden kann. General Guillaumat hat noch vor einigen Tagen die untergeordneten militärischen Stellen ersucht, die Räumungsmassnahmen programmässig durchzuführen. Heute nachmittag gegen 1/6 Uhr wurden die Städte Trier und Landau, die zu den wichtigsten Mittelpunkten der französischen Besatzung in der dritten Zone zählen, von den letzten Truppen geräumt. Die Besatzungsarmee in der dritten Zone umfasste insgesamt 35 616 Mann, von denen bis heute abend 35 000 in ihre Heimat

zurückbefördert worden sind. In den Städten Mainz und Wiesbaden befindet sich eine Besatzung, und zwar in Mainz 1500, in Wiesbaden 500 Mann, die am Vormittag des 30. Juni ebenfalls abmarschieren werden.

Der gallische Hahn in Kehl entfernt

KEHL, 26. Juni. (W. T. B.)

Die Räumung wird weiter durchgeführt. Heute früh wurde von dem östlichen Pfeiler der Rheinbrücke Kehl-Strassburg der gallische Hahn, der seinerzeit vom Verein Pariser Presse gestiftet worden war, entfernt. Die meisten Militäranghörigen haben die Stadt verlassen. Die Schilder, die auf die Besatzung hindeuteten, sind verschwunden.

ist — straft da die Methode des Herrn Tardieu die angebliche Friedenspolitik Frankreichs nicht Lügen? Wie kann Frankreich von der Welt Vertrauen zur Genfer Friedensorganisation verlangen, wenn es selbst nicht dieses Vertrauen hat? Muss nicht Briand's Panuropa-Vorschlag wie eine Komödie erscheinen angesichts der Tatsache, dass sich Frankreich im geheimen bis an die Zähne bewaffnet?

Man kann nicht sagen, dass Frankreich keine anderen Mittel habe, um das Spiel Mussolinis zu durchkreuzen. Der Duce hat soeben wieder eine Revision der Friedensverträge gefordert. Es wäre ein geschickter, kluger Schachzug der Pariser Regierung, darauf einzugehen, was

sie um so eher könnte, als für Frankreich selbst keine territorialen Opfer damit verbunden zu sein brauchen, während auf der anderen Seite die Südtiroler Frage aufgelöst werden könnte. Aber kann man von Frankreich, das ebenso wie Mussolini auf Kanonen schwört, eine solche Politik wahrhafter Befriedung Europas erwarten? Gegenüber den sechs „befestigten Lagern“ Frankreichs, die es an der Grenze gegen Italien mit einem Teil der aus dem Staatsschatz verschwundenen Milliarden ausgebaut hat, werden im Herbst die grossen italienischen Herbstmanöver stattfinden. Voll tiefer Besorgnis fragt sich der Friedensfreund, ob diese Manöver nicht der Auftakt zu neuem blutigen Ernst sind.